

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnbezugs nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Erreisband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto-Aufschlag, per Reich für Deutschland und Österreich 10.— M., Uebersees, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Monarchenliste über Herrn Kaum kostet 5.— M., einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Berlin-Anzeigen 2,50 M., netto pro Zeile. Streifen-Anzeigen in Werbergebnissen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Betriebsleiter: Zentrum 2030, 2645, 4510, 4603, 4635, 4649, 4921

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Belagerungszustand über Budapest

Protestbewegung der Arbeiter

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 29. Dezember.

Die ungarische Regierung verhängte anlässlich der Verkündung des Urteils gegen die Volkskommissare den Belagerungszustand über Budapest. Sie hält die ganze Garnison in Bereitschaft, um die Ausdehnung der Protestbewegung der Protestariats gegen das Bluturteil zu verhindern. Die größte Erregung unter der gesamten Bevölkerung hat das Todesurteil gegen Bokanyi hervorgerufen, der in der ungarischen Arbeiterbewegung eine Stellung innehatte, wie sie früher in Deutschland einnahm. Das Gejüngnis wurde von Offizierstruppen besetzt und der Verkehr im ganzen Umkreis abgesperrt.

Der „Bund der erwachenden Magyaren“, diese berüchtigte Organisation der Weißgardisten, verleiht eine Flug-schrift, welche gegen die Einmischung ausländischer Sozialisten in die inneren Angelegenheiten Ungarns hehlt. Gemeint ist der Protest zugunsten der Volkskommissare, der in der ganzen zivilisierten Welt lebhaften Widerhall gefunden hat. Die Reichsmörder fordern Horthy auf, der „Gerechtigkeit“ freien Lauf zu lassen, d. h. die Volkskommissare zu hängen.

Dagegen bekürmen die Verwandten der in Sowjetrußland als Weiseln zurückgehaltenen adligen ungarischen Offiziere die Regierung, das Todesurteil abzuändern. Die russische Sowjetregierung fordert Gerichten zufolge nicht nur die Begnadigung der zum Tode Verurteilten, sondern auch die Freilassung sämtlicher Volkskommissare. Aus Budapest wird gemeldet, daß Ministerpräsident Teleki in dieser Angelegenheit mit Vertretern der Sowjetregierung unterhandelt will.

Die bürgerliche Presse Wiens, selbstverständlich aber mit Ausnahme der „christlichen“ Blätter, protestiert gegen die Bluturteile und sagt im voraus, daß die ungarische Regierung nicht den Mut haben wird, das Urteil vollstrecken zu lassen.

Der neueste Bayernstreich

Verhinderung der Einreise Friedrich Adlers

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

München, 30. Dezember.

Der Münchener Polizeipräsident Pöhner hat dem Genossen Friedrich Adler Wien verboten, nach München zu kommen. Die U. S. P. München hatte den Genossen Adler eingeladen, vor den Münchener Arbeitern über die Frage der Internationalen zu sprechen. Genosse Adler sagte zu, aber der Polizeipräsident fürchtete sich vor unserem österreichischen Gesandten und schickte der U. S. P. München 25 Tage nach Einreichung des Gesuches folgende Zuschrift: „Das Gesuch vom 2. Dezember 1920 um Genehmigung des Aufenthalts von Dr. Friedrich Adler in München kann nicht berücksichtigt werden.“ Eine Begründung hielt der Mann nicht für nötig.

Damit ist die bayerische Ortschaftsregierung und ihr würdiger Polizeipräsident zu den schäblichsten und dümmsten Maßnahmen des alten Regimes zurückgekehrt. Wie einst die wilhelminische Regierung Laurés in Berlin zu sprechen hinderte, so die Kahr-Regierung Friedrich Adler. Ihr Vorgehen ist um so blödsinniger, da Friedrich Adler nicht nur der heroische Vertreter revolutionär-marxistischer Politik, sondern zugleich ein hervorragender Vertreter des sozialistisch-internationalen Standpunktes für den Anschluß Deutsch-Osterreichs und Deutschlands ist. Aber dem jetzt in Bayern regierenden rückständigen Flügel ist der Anschlußgedanke genau so gleichgültig, wie die Einheit Deutschlands überhaupt. Und wenn es der Ortschaftsregierung zullebe Deutschlands auswärtige Interessen auf das schwerste schädigt, warum sollte es vor einer lächerlichen reaktionären Blamage zurückweichen? Fragt sich nur, wie lange die bayerische Arbeitererschaft und die deutsche Gesamtarbeitererschaft diesem Treiben einer überheblichen Clique ruhig zuschauen wird. Wenn schon die jämmerliche Reichsregierung nicht imstande ist, die bayerische Regierung zur Aufhebung des verfassungswidrigen Belagerungszustandes und zur Befolgung der elementarsten politischen Anstandsregeln anzuhalten, dann wird es notwendig werden, daß die Arbeiter-schaft selbst, etwa nach dem anerkanntwertigen Beispiel, das die Bergarbeiter gegeben haben, der bayerischen Regierung zeigt, daß die Ortschaftsleute denn doch noch nicht mit den Geschicken des deutschen Volkes Schindluder spielen dürfen.

Einpruch gegen den Belagerungszustand

Bayern hat, um den heranrückenden Rechtsputz zu verschleiern, den Belagerungszustand verschärft und das Abhalten von öffentlichen Versammlungen so gut wie unmöglich gemacht. Der Kellertenausschuß des Nürnberger Stadtrats hat daraufhin folgenden Antrag angenommen:

„Die Verordnung der Staatskommissare, die für alle Versammlungen die Genehmigungspflicht fordert, wird vom Stadtrat als eine völlig unbegründete und unzulässige Anebelung

des Vereins- und Versammlungslebens mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Der Stadtrat ist nach wie vor der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern, auf Grund dessen die Verordnung erlassen wurde, der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Er protestiert daher mit Nachdruck gegen dieselbe und fordert im Hinblick auf frühere Anträge erneut die Aufhebung des Ausnahmezustandes.“

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. Der Protest wird nicht nur der Staatsregierung und dem Landtag, sondern auch dem Reichspräsidenten und dem Reichstag zugeleitet.

Die Ortschaft und das Ausland

Bayern in arger Bedrängnis

Die Nachricht, daß die Entente durch einen eventuellen Einmarsch ins Ruhrgebiet oder gar in Bayern die Auflösung der Einwohnerwehren erzwingen werde, hat in der bayerischen Ortschafts- und Presse große Bestürzung hervorgerufen. Sie verläßt nun durch Beschwichtigungsmänner den Ernst der Lage zu vertuschen und ermahnt uns, die Angelegenheit doch ruhiger zu behandeln, da sonst das Ansehen Deutschlands im Auslande nur geschädigt werde.

Die „Bayerische Staatszeitung“ ist sogar so naiv, von uns zu verlangen, für die Notwendigkeit von Einwohnerwehren einzutreten. Natürlich, am Ende legen wir um den Hals der sozialistischen Arbeiter noch einen Strick, damit ihn Herr Escherich bloß noch anzuziehen braucht!

Die französische Regierungspresse macht inzwischen lebhaft Stimmung für eine sofortige Zwangsmahnahme zur Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Preußen. Sie erinnert Lloyd George daran, daß er selbst in Spaa mit besonderem Nachdruck auf die Entwaffnung Deutschlands bestanden habe und gibt der Erwartung Ausdruck, daß England ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen der Besetzung des Ruhrgebietes dieser nunmehr endlich zustimmen werde.

Die „Times“ macht sich die Anschauungen des französischen Ministerpräsidenten Peggues zu eigen, welcher eine augenblickliche Gefahr seitens Deutschlands leugnet, doch bemerkt das Blatt, daß, wenn die Alliierten die Entwaffnung Deutschlands realisieren wollen, sie nicht einen Augenblick ihre scharfe Kontrolle und ihre Entschlossenheit verlieren dürfen.

Die französische Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat durch ihren Vorsitzenden Barthou den Ministerpräsidenten Peggues auffordern lassen, sich erneut über die Entwaffnung Deutschlands und die französische Politik im Orient auszusprechen. Ministerpräsident Peggues wird heute oder morgen vor dem Ausschuß erscheinen.

Groeners Rüstungen

Ueber die Konferenz der Eisenbahn-Direktionspräsidenten in Dresden erfolgen jetzt eingehendere Mitteilungen, die unsere sofort ausgesprochene Vermutung, daß die Beratung der Vorbereitung auf einen Streik der Eisenbahner gipft, bestätigen. Außer einer Reihe rein laufender Verwaltungsangelegenheiten wurde die wirtschaftliche und politische Lage der Eisenbahnen besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein beginnendes Wiedererstarken des ganzen Apparates und ein wachsendes Interesse des Personals an den Leistungen der Eisenbahnen festzustellen werden könne. Beides werde allerdings durch die ernste Bewegung in der Beamenschaft und die Versuche, sie zu unüberlegten Beschlüssen zu verleiten, gefährdet.

Die Präsidenten erklärten einstimmig die Notlage der Beamten in weiten Teilen des Reiches an. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Notlage der Beamten ebenfalls durchaus anerkannt und durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen begonnen hätten, ihr abzuhelfen. Die Reichsregierung werde an dem in der Kundgebung vom 17. d. M. enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unerschütterlich festhalten. Die vom Minister in der Kundgebung der Regierung erlassenen Richtlinien wurden den Präsidenten erneut eingeschärft. Die Beratung dauerte bis zum späten Abend.

Die Präsidenten sind also genügend gegen die Beamten und Arbeiter scharf gemacht — sofern es noch notwendig war. Und die im Dezember begonnene Vor-schuh-wirtschaft wurde auch in diesem Kreise als Versuch der Regierung, zur Linderung der Notlage der Beamten, anerkannt. Dieser Zustand ist beschämend. Es ist unstatthaft, die Beamenschaft mit einigen Kopfschütteln abzuhändigen, anstatt ihre Lohnverhältnisse durchgreifend so zu regeln, daß sie eine gesunde Grundlage für den Haushalt der Beamten bilden.

Einleitung des Verfahrens gegen Staatssekretär Freund. Das gegen den Staatssekretär Dr. Freund eingeleitete Disziplinarverfahren ist auf Anordnung des Ministers des Innern eingeleitet worden, weil die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sich nicht als begründet erweisen haben.

Im Dienste Kahrs

Von Rudolf Breitscheid

Das Rätsel ist noch immer ungelöst, ob der Außenminister Dr. Simons die beiden Einwohnerwehr-Roten in der Ueberzeugung verfaßt hat, daß die Erhaltung des Selbstschutzes durch das Reichsinteresse geboten sei, oder ob er damit die Hoffnung verband, gestützt auf die Entente, den Druck, den die Reichsregierung auf Bayern ausüben kann, zu verstärken. Die Annahme, es handle sich bei ihnen um eine Art von Verzweiflungsakt, mag eine gewisse Stütze in dem Inhalt der zweiten Note finden, denn die Begründung, die hier für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wehren gegeben wurde, war derart fadenscheinig, daß man sie sich nur mit der Verlegenheit eines Mannes erklären kann, der sich bewußt ist, eine außerordentlich schlechte Sache zu vertreten, der aber bestimmter Rücksichten wegen auf ihre Verteidigung nicht verzichten zu dürfen glaubt. Aber das sind Vermutungen, eine Gewißheit besteht einstweilen nicht.

Welches jedoch immer die Leitgedanken des Ministers gewesen sein mögen, jedenfalls haben die Noten eine verhängnisvolle Wirkung ausgeübt, und darüber dürfte sich die Regierung inzwischen wohl auch selbst klar geworden sein. Wir nehmen an, daß sie mit besonderer Aufmerksamkeit den Pariser „Temps“ verfolgt, weil dieses, dem französischen Auswärtigen Amt nahestehende Blatt, das ursprünglich gegenüber Deutschland einen sehr unerschöpflich Standpunkt einnahm, sich neuerdings mit Eifer und Vernunft für eine Verständigung mit dem ehemaligen Kriegsgegner einsetzt. Keine Zeitung äußert nun lebhaftere Bedenken über die deutsche Politik der letzten Wochen als der „Temps“, und es vergeht fast kein Tag, an dem er nicht auf die großen Gefahren hinweist, die durch den Widerstand gegen die Entwaffnung heraufbeschworen werden.

In seiner Nummer vom 27. Dezember zitiert er die Interpellation über die auswärtige Politik, die die Unabhängige Sozialdemokratie im Reichstag eingebracht hat, und er beschäftigt sich mit dem Artikel, der im Anschluß daran in der „Freiheit“ geschrieben wurde. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Situation jetzt klar sei, da die Frage der bayerischen Entwaffnung einen Gegensatz zwischen den Parteien der Linken und den Parteien der Rechten in Deutschland geschaffen habe. Links wolle man die Entwaffnung der bayerischen Wehren, weil man sie als eine Gefahr für die Republik ansehe, rechts wolle man diese Entwaffnung unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Bolschewismus vermeiden, wobei man den Hintergedanken der Wiederherstellung der Monarchie habe. Da der „Temps“ bereits zu wiederholten Malen darauf hingewiesen hat, daß er die ganze Frage nicht ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der restlosen Erfüllung des Friedensvertrages betrachte, sondern daß sich aus ihrer Erledigung auch erkennen lasse, ob und inwieweit die Reaktion in Deutschland noch im Sattel sitze, ergibt sich die Schlußfolgerung von selbst. Aber er fügt noch ausdrücklich hinzu:

„Wenn die Vorkonferenz (die inzwischen bekanntlich die Angelegenheit an die Entente-Regierungen selbst weitergegeben hat), der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin Recht gibt, dann gewährt sie den deutschen Parteien der Linken die Möglichkeit, die republikanische Verfassung und die Rechte des Parlaments zu verteidigen. Wenn sie sich dagegen auch nur im allergeringsten vor der Weigerung beugt, die der Berliner Regierung durch das Münchener Kabinett eingeschlossen worden ist, so würden die deutschen Monarchisten daraus unvermeidlich den Schluß ziehen, daß die Entente ihre Pläne begünstige. Das aber würde eine große Gefahr für den Frieden sein.“

Tuch Herr Simons und seine Kollegen werden ernsthaft auf eine Nachgiebigkeit der Alliierten wohl nicht rechnen, und so wird der einzige außenpolitische Effekt des ganzen Vorganges nur darin bestehen, daß neues Mißtrauen gegen die deutschen Absichten erweckt worden ist, ein Mißtrauen, das auf alle Fälle die Verhandlungen über die Wiedergutmachung nur höchst ungünstig beeinflussen kann.

Aber die Sache hat auch noch eine innerpolitische Seite, die mit der Sonderstellung zusammenhängt, die sich Bayern in der deutschen Republik zu verschaffen gewußt hat. Sie gibt erneute Veranlassung, mit aller Schärfe die Frage zu stellen, ob denn überhaupt noch ein deutsches Reich existiert, dem Bayern angehört, oder ob die Kompetenzen dieses Reiches sich nur bis an die blauen Grenzpfähle erstrecken. Die bayerische Regierung hat, wie man sich erinnert, gestützt auf die mehr als lächerliche Auslegung eines Verfassungsparagraphen, seinerzeit eine Uckerperordnung erlassen, die mit dem Reichsgesetz nicht in Einklang zu bringen war und Strafen festsetzte, die das Allgemeine Strafgesetzbuch nicht kennt. Die bayerische Regierung verhandelt auf eigene Rechnung mit Ungarn über Getreidelieferungen für Bayern. Sie bemüht sich, in der Schweiz eine Spezialanleihe abzuschließen. Sie verlangte bis vor kurzem ein besonderes Visum für Ausländer, die Bayern besuchen wollten. Und es ist uns bekannt, daß erst vor wenigen Tagen ein englischer Journalist ein Strafmandat erhalten hat, weil er ohne ein solches Visum nach München gefahren ist, und daß ein norwegisches Ehepaar, dem eine solche bayerische Einreiseerlaubnis fehlte, sogar

verhaftet wurde. Im Namen der „Ruhe und Ordnung“ pfeift Bayern auf das Reich und die Reichsverfassung. Im Namen der „Ruhe und Ordnung“ ist es bereit, das deutsche Volk in die folgenreichsten internationalen Verwicklungen zu stürzen, und da das Reich eine Regierung hat, die sich immer mehr geneigt zeigt, das bayerische Ordnungsprogramm zu dem ihrigen zu machen, feiert die Münchener Politik stets neue Triumphe.

Das gefährliche Spiel hätte vielleicht nicht einen solchen Umfang annehmen können, wenn man sich in München nicht auf das Wohl wollen berufen hätte, das die Entente den bayerischen Sonderbestrebungen entgegenbringe. Man hat eine Zeitlang mit der französischen Unterstützung geprahlt, und wir möchten nicht behaupten, daß das nur leeres Gerede gewesen sei. Vornehmlich französische Militärs schein in der Tat mit den Vertrauensleuten des Herrn Kahr bedenklich kokettiert zu haben. Aber in neuester Zeit ist in dieser Beziehung offenbar ein erfreulicher Wandel eingetreten. Die reaktive Münchener Presse fängt an, sich über die Haltung der französischen Geheime in München zu beschweren, und der „Temps“ bestreitet ausdrücklich, daß in Paris die Absicht bestehe, der bayerischen Reaktion zu dienen.

Nur sieht es fast so aus, als ob gewisse englische Stellen die französischen Generale abzulösen geneigt seien. Wir beziehen uns wieder auf den „Temps“, welcher schreibt:

„Wir möchten hoffen, daß England dieselbe Politik wie Frankreich verfolgt. Es ist wahr, daß die britische Regierung zwischen zwei entgegengesetzten Doktrinen steht: auf der einen Seite die von Lord George, der den Krieg im Namen der demokratischen Grundzüge geführt und so energisch auf die Entlassung des besiegten Deutschlands bestanden hat; auf der anderen Seite die Doktrinen des Generals Macleod, der die bayerischen Reaktionen ermutigt hat, wie er die Organisatoren des Rappeltwisch-Bußches ermunterte — die Doktrinen des Herrn Seeds, der England in München vertritt, und der keine Stellung benimmt, um ein den Gegnern der bayerischen Entlassung angenehmes Interview zu geben.“

Was hier von dem General Macleod behauptet wird, trifft mit Vermutungen zusammen, die schon häufig geäußert worden sind. Ob sie zutreffen, möchten wir einstweilen nicht entscheiden. Die wahren Absichten dieses Generals sind schwer zu erkennen, und man kann von ihm wie von Wallenstein sagen: „Weiß doch niemand, an wen er glaubt.“ Daß der englische Generalkonsul in München mit den Ordnungsleuten sympathisiert und sich dabei mit zügelnder Rücksichtslosigkeit über die andersgeartete französische Politik äußert, steht dagegen absolut fest.

Aber diese Meinungsverschiedenheiten sind schließlich eine innere Angelegenheit der Entente, und der deutschen Regierung würde es schlecht anstehen, den Wünschen des Ordeh-Kabinetts in München deshalb Rechnung zu tragen, weil es im Lager der Alliierten gewisse politische Diktanden gibt, die sich für einen Wiederaufbau Deutschlands nach bayerischen Rezepten begeistern oder zu begeistern vorgeben. Sie hat nach innen und außen die Interessen des Reiches zu vertreten, und wenn sie dabei auf Schwierigkeiten von Seiten des Kahr-Kongresses stößt, so soll sie nicht „um des lieben Friedens willen“ nachgeben, sondern die Gegensätze vor aller Öffentlichkeit aufzeigen. Kann sie sich dazu nicht entschließen, so hat sie den Anspruch auf Selbstständigkeit vermisst, so ordnet sie sich dem verfassungswidrigen Einfluß einer Macht unter, für die das Reich nur solange Wert besitzt, als es ihren rüchständigen Wünschen genügt.

Tatsächlich ist es bereits so weit gekommen. Ob sie sich auch nach außen hin zu dieser Unterwürfigkeit bekennen will, wird sich bald herausstellen. Sie kann mit ihrer Politik im Reichstag eine Mehrheit finden, aber nur eine Mehrheit, zu der die Deutschen nicht gehören. Wird sie bereit sein, die ihr von den Deutschnationalen angebotene Unterstützung anzunehmen und sich in Gegensatz zur gesamten Sozialdemokratie zu stellen, wenn, wie wir vielleicht hoffen dürfen, auch die Rechtssozialisten die auswärtige Politik der letzten Wochen mißbilligen? Die Beantwortung dieser Frage wird für unsere Gesamtpolitik die so dringend notwendige Klärung herbeiführen.

Die Mörder Schottländers

Während der Rappage wurden in Breslau von Freikorpsbanden Genosse Schottländer und sieben andere Breslauer Arbeiterführer verhaftet, gefoltert, erschlagen und in die Oder geworfen. Die Staatsanwaltschaft ist nicht in der Lage, die Mörder ausfindig zu machen. Es hat sich eine militärische Völgereingenschaft gebildet, die sich kein Staatsanwalt zu durchrechnen getraut. Die Urheber der Mörder sind aber bekannt. Es kommt in erster Linie der Oberleutnant Schmitz in Betracht, der bei der Schiffsabteilung in Pillau im Dienste steht. Dieser Geißel hat den Mannschaften der Kampfkraftwagen-Kessel, die er führte, den Befehl zur Ermordung gegeben. Zeugen dafür sind vorhanden.

Die Verantwortung der Rechtssozialisten

Während der „Vorwärts“ die Ordeh-Politik der Reichsregierung zwar verurteilt, ohne jedoch die politischen Konsequenzen für die Haltung der Rechtssozialisten gegenüber der Regierung zu ziehen, schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“:

„So stürzt die jüngste Politik des Dr. Simons Deutschland ganz unnütz in Abenteuer. Man stelle demgegenüber die Haltung der deutschen Bergarbeiter, die durch Ueberflüssen zwei Millionen Tonnen Kohle im Monat mehr gefördert haben als im Vorjahr, lediglich um den Vertrag von Spa zu erfüllen und eine weitere Herabdrückung des armen gequälten deutschen Landes zu verhüten. Kann irgend ein vernünftiger Mensch erwarten, daß die Bergarbeiter dauernd diese Opfer bringen, wenn sie eine Reichsregierung von Reaktionen und Karren am Werke sehen, welche nicht nur die Sozialisierungsabotieren, sondern auch durch offene Auflehnung gegen den Vertrag von Spa im Dienste der Reaktion das Ruhrgebiet der Gefahr feindlichen Einmarsches direkt aussetzen?“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seinerzeit der Regierung Fechenbach-Simons keine Steine in den Weg gelegt, weil einmal die Bildung einer anderen Regierung nicht möglich erschien und weil auf der anderen Seite dadurch wenigstens die Deutschnationalen von der Regierungsmacht ferngehalten wurden. Deutschnationale im Reichskabinett hätte neue innenpolitische und außenpolitische Krisen bedeutet. Aber die jetzige Reichsregierung hat die Politik einfach von den Agrariern, Kapitalisten und Reaktionen auf Zwängen lassen und damit ist der letzte Grund gefallen, der für ihre Duldung angeführt werden konnte. Gegen diese Reichsregierung der Reaktion und der Obstruktion einer vernünftigen Friedenspolitik kann es für die Sozialdemokratie unseres Erachtens nur noch schärfste, rücksichtsloseste Opposition geben.“

Dazu ist zunächst zu sagen, daß mit diesen Ausführungen die Verantwortung der Rechtssozialisten für die Regierungspolitik richtig gekennzeichnet ist. Fragt sich nur, was die „Sozialistische Korrespondenz“ mit dieser Kampfsache beabsichtigt hat.

Wollen die Rechtssozialisten wirklich diese Regierung stürzen? Daß sie dazu imstande sind, unterliegt keinem Zweifel.

Wollen sie dann wieder in eine neue Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien gehen, zu der das „Berliner Tageblatt“ sie bereits einlädt? Oder sehen sie endlich ein, daß ihre bisherige Haltung — zuerst als offizielle und jetzt als offiziöse Regierungspartei — den proletarischen Kampf nur geschädigt und außerordentlich erschwert haben, und sind sie bereit, die bürgerlichen Parteien allein und ohne Rückendeckung die Regierungsgeschäfte führen zu lassen, bis das in der Opposition gesammelte und zu geschlossener Aktion befähigte Proletariat durchzusehen?

Wir werfen die Fragen auf, wenn wir auch nicht glauben, daß die rechtssozialistische Partei sie jetzt beantworten wird. Dazu wird es noch weiterer bitterer Erfahrungen bedürfen. Das Drohen der „Soz. Korrespondenz“ wird wohl nur den Zweck verfolgen, der Regierung Fechenbach den Rückzug

aus einer unhaltbaren Position zu erleichtern und den jetztigen Schwerezustand zu verlängern.

Das bedeutet freilich für die Arbeiterbewegung als Ganzes kostbaren Zeitverlust. Es bedeutet Festigung der bürgerlichen Herrschaft, während die proletarische Opposition gelähmt wird. Aber den Rechtssozialisten erwachsen aus dieser scheinbar verantwortungslosen Stellung im Halbdunkel einer politischen, die weder Regierungs- noch Oppositionspolitik ist, fraktionelle Vorteile und diese stehen diesen Politikern noch immer höher als das Gesamtinteresse des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Der Kartoffelmangel

Völliges Verlangen des freien Handels

Aus allen deutschen Großstädten kommen Nachrichten, daß die Kartoffelerzeugung der Bevölkerung völlig versagt. Der freie Handel hat also, wie das nicht anders zu erwarten war, die Besserung in der Versorgung der Bevölkerung nicht gebracht. Selbst ein Blatt wie der „Berliner Lokalanzeiger“, der ständig den Ruf nach der freien Wirtschaft unterstützt hat, schreibt deshalb:

„Wir sind über den Verdacht erhaben, als hätten wir für die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft viel übrig; aber es muß doch einmal darauf hingewiesen werden, daß der freie Handel, nachdem man ihm auf lebhaftes Begehren seine Aktionsfreiheit gegeben hatte, doch mehrfach sehr entschieden versagt hat. Eier sind seit langem nicht rationiert und sind jetzt glücklich bei einem Preis von 3 M. bis 3,20 M. angelangt. Ein Ei, früher sprichwörtlich etwas Wertloses, ist jetzt eine Kostbarkeit geworden, die nur noch für Schieber zu erschwingen ist. Das Fleisch ist gleichfalls unerhört teuer, obgleich allein schon die Maul- und Klauenkrankheit zu sehr starken Schlächungen führt. Man findet auch die Kartoffeln vom Markt verschwunden. An der Ernte kann es nicht liegen, die war relativ reichlich, die Witterung ist dem Transport günstig. Warum sind also zu den an sich hohen Preisen, die man im Kleinhandel anlegen muß, keine zu haben, während „hintenherum“ Kartoffeln zu 1 M. und darüber das Pfund angeboten werden? Das kann doch schließlich nur auf spekulative Hochgeschichten von Großhändlern und Produzenten zurückgeführt werden, d. h. auf schamlosen Wucher.“

Wir zweifeln gar nicht, daß sich nun diese Organisationen aller Art mit ihren Generalsekretären und Syndikatsmitgliedern und demonstrieren werden, daß der freie Handel keine Schuld an dem jetzigen Elend hat, aber viel Glauben werden sie bei den Massen nicht finden. Das deutsche Volk, das zwischen einer überorganisierten Zwangswirtschafts-Bürokratie und nicht genügend disziplinierten, selbsttätigen Interessentengruppen eingeklemmt ist, ist lebhaft zu beauern.“

Daß es zu diesen trostlosen Zuständen gekommen ist, ist aber gerade die Schuld solcher Blätter wie der Lokalanzeiger, die monatelang die systematische Zerschlagung der Öffentlichkeit betrieben haben indem sie vorgaben, durch den freien Handel werde eine bessere Versorgung gewährleistet. Ebenso aber auch die Schuld der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, deren Handel nur noch von dem Diktat der profitulären Agrariern und Händler bestimmt wird.

Zahlung außerordentlicher Beihilfen an Rentempfänger. Alle Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, die am 1. 1. 21 neben ihrer Rente eine Zulage beziehen, erhalten von diesem Zeitpunkte ab eine außerordentliche Beihilfe, und zwar Empfänger einer Invalidenrente, Altersrente, Krankenrente, Witwen- und Witwerrente, Witwenrentenrente monatlich 40 M., Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M. außer den bisherigen Bezügen. Besondere Beihilfequotierungen sind nicht erforderlich. Sämtliche Beträge wie Rente, Zulage und Beihilfe sind gegen Abgabe einer gemeinsamen Quittung abzuholen.

Deutsches Arbeiterrecht im Saargebiet. Sämtliche Gewerkschaften des Saargebietes haben an die Regierungskommission des Saargebietes ein Schreiben gerichtet, in dem erneut die Einführung des Betriebsratsgesetzes sowie der Verordnung über Schlichtungsausschüsse gefordert wird.

Die äußere und die innere Sekretion

Ihre Funktionen im menschlichen Körper

Durch die Steinischen Verjüngungsversuche ist das Interesse, das die wissenschaftlichen Kreise schon längst an der sogenannten „Inneren Sekretion“ haben, in weite Volkskreise getragen worden. Es war schon lange bekannt, daß der Geschlechtstrieb und die sekundären Geschlechtscharaktere wie: Tiefwerden der Stimme beim Mann und Höherwerden bei der Frau, Entwicklung der Brust bei der Frau usw. von der normalen Tätigkeit der Hoden und Eierstöcke abhängen, auch daß ihre Entfernung Störungen in der Pubertätsentwicklung zur Folge hat, umgekehrt aber künstliche Einpflanzung der Keimdrüsen bei den operierten Tieren diese Folgen wieder aushebt. Steinach hat diese Versuche mit dem überall bekannten Erfolg fortgesetzt. Weniger bekannt ist jedoch, daß der Körper außer den Keimdrüsen noch eine ganze Reihe weiterer Drüsen mit innerer Sekretion hat.

Man unterscheidet äußere und innere Sekretion. Die Sekretion ist im wesentlichen die Arbeit der zahlreichen im Körper verteilten Drüsen. Bei den Drüsen mit äußerer Sekretion wird das Produkt der Tätigkeit der Drüsenzellen durch die Ausführungsgänge nach außen befördert. Für den Körperhaushalt haben diese Sekretionen verschiedene Bedeutung. Teils dienen sie dazu, Endprodukte des Stoffwechsels aus dem Körper zu entfernen (z. B. Sekretion des Harnes aus den Nieren), teils haben sie den Zweck, dem Körper die für die Verdaulichkeit der Nahrungsmittel nötigen Säfte zu liefern, wie die Speicheldrüsen des Mundes, der Magensaft, die Galle usw. Die Sekretion der Milchdrüsen gibt das Nahrungsmittel für den Säugling, die Sekretion der Talgdrüsen eine schützende Bede für die Hautoberfläche und die Schweißsekretion hat eine physiologische Bedeutung für den Wärmehaushalt des Körpers.

Im Gegensatz hierzu versteht man unter „innerer“ Sekretion die Bildung von Gemischen Körpern in Organen des Körpers, ohne daß ein Ausführungsgang nachweisbar wäre. Man nennt diese Körper Hormone. Die Hormone werden direkt in die Blutbahn abgegeben, während bei der äußeren Sekretion das Sekret der Drüse durch die Ausführungsgänge nach außen befördert wird. Die Produkte der inneren Sekretion beeinflussen teils die Gewebebildung und den Stoffwechsel, teils das Nervensystem und die Muskulatur. Die bekannteste Drüse mit innerer Sekretion ist die Schilddrüse. Sie ist für das Leben unentbehrlich. Unter der Einwirkung des Hormons der Schilddrüse geht der Gaswechsel in die Höhe. Nach Entfernung der Schilddrüse treten schwere Krankheitserscheinungen auf, wie Abmagerung, Erregung des Stoffwechsels, Hemmung des Wachstums, Verödung und schließlich Tod. Angeborener Fehler oder mangelhafte Ent-

wicklung der Schilddrüse bedingen ähnliche Erscheinungen, insbesondere geistige Verödung, Kretinismus. Die Schilddrüse braucht dabei nicht zu fehlen, sie kann auch tropfgen entartet und vergrößert sein, wobei ihre Funktion offenbar aber mangelhaft ist. Die schädliche Wirkung der Entfernung oder Erkrankung der Schilddrüse bleibt aus, wenn man auch nur einen kleinen Teil der Drüse zurückläßt oder wenn man die Schilddrüse an irgendeine andere Stelle des Körpers verpflanzt oder wenn man schließlich frische oder getrocknete Schilddrüsen, wie sie in verschiedenen Formen durch die pharmazeutischen Fabriken erhältlich sind, zum Essen gibt. Läßt man einen gesunden Menschen Schilddrüsenpräparate verzehren, so kommt es zum Schwund des Körpergewichtes und zu Gewichtsabnahme.

In der unmittelbaren Nähe der Schilddrüse (so daß sie lange Zeit gar nicht als ein besonderes Organ angesehen wurden), lagern die Epithelkörperchen, deren Entfernung zu lebensgefährlichen Krämpfen führen. Eine Erkrankung dieses Organs dürfte die Ursache der im Kindesalter häufigen Krämpfe zu Krämpfen sein. Die Epithelkörperchen spielen außerdem eine Rolle bei der Knochenbildung.

Eine ähnliche Wirkung wie die Entfernung der Schilddrüse hat die der Zirbeldrüse, die am Boden des Gehirns sich befindet. Die Zirbeldrüse besteht aus zwei Teilen, von denen jeder für sich eine Drüse mit innerer Sekretion und zwar von ganz verschiedener Wirkung darstellt. Ein Drüsen auf den Vorderlappen der Zirbeldrüse z. B. durch Geschwülste in der Nachbarschaft bedingt eine Störung in der Funktion der Drüse und hat die Entwicklung einer außerordentlichen Fettsucht und ein Aufhören des Geschlechtstriebes zur Folge; beim Manne werden die Hoden auffallend klein, die Bart- und Schamhaare fallen aus, die Stimme verändert sich, wird hoch wie beim Kastraten, bei der Frau bleibt die Menstruation aus, die Brüste bleiben zwar aus, verfesten aber. Umgekehrt kommen Fälle von Ueberproduktion dieses Teiles der Drüse vor; bei derartigen Kranken geht der Wachstumstrieb über das gewöhnliche Maß hinaus, es kommt zum Riesenzwuchs der Gliedmaßen.

Der Hinterlappen der Zirbeldrüse produziert eine blutdrüselnde und eine blutdrüselnde Substanz. Sie wirkt ferner auf die Gebärmutter, verhärtet die Wehen bei der Geburt und zieht die Gebärmutter nach der Entleerung zusammen. In der Geburtschilfe wird dieses Hormon sehr viel angewendet.

Die Nebenniere, ein kleines, den Nieren anstehendes Organ, sondert als Hormon das sogenannte Adrenalin ab. Das Adrenalin steigert den Blutdruck. Entfernung der Nebenniere hat daher Erniedrigung des Blutdruckes und Muskelschwäche zur Folge, die zum Tode führt. Wenn ein Tier in Form aber Zurück gerät, sondert es Adrenalin ab; wir wissen, daß z. B. das Sträu-

ben der Haare, das Weitwerden der Pupillen der wütenden oder verängstigten Katze Wirkungen des Adrenalins sind.

Äußere und innere Sekretion können im gleichen Organ vorkommen. Die Bauchspeicheldrüse, die Pankreas (sie befindet sich tief versteckt im Leib hinter dem Magen) sondert in den Darm eine Flüssigkeit, den Pankreassaft ab, der eine Reihe für die Verdaulichkeit der Nahrungsmittel, insbesondere des Eiweißes und fettes wichtige Substanzen enthält, außerdem aber gibt sie in die Blutbahn einen Stoff ab, der zur Zuckerbildung in der Leber in Beziehung steht und dessen Fortfall durch Erkrankung oder Zerstörung des Pankreas die Entstehung einer schweren Zuckerkrankheit bewirkt.

Am bedeutungsvollsten ist, daß die Drüsen mit innerer Sekretion sich stark gegenseitig beeinflussen. Die Wirkung des einen Hormons wird durch das andere teils gehemmt, teils unterstützt. Das Wachstum des Körpers z. B. hängt u. a. von der Zirbeldrüse ab und ergibt in der Hauptsache mit der Pubertät, die unter dem Einfluß der Keimdrüsen steht. Wir gewinnen so ein Verständnis dafür, warum die früher geschlechtsreifen Frauen durchschnittlich kleiner sind als die Männer. Ebenso greifen beim Zuckerstoffwechsel die Wirkungen der Pankreas, der Nebennieren, der Schilddrüse, ineinander. Alles in allem kann man heute schon, ohne daß die innere Sekretion der Drüsen bis in alle Einzelheiten aufgeklärt ist, sagen, daß von ihr bis zu einem hohen Grade das menschliche Leben abhängt. Ihre Organe sind weit bedeutungsvoller als man es bei ihrer Größe, beziehungsweise Kleinheit, vermuten würde.

Eigentlich nur ein Arbeiter

Wir streichen die Fenster eines „besseren“ Hauses. Bei der einen Partei des Stodes bin ich eben fertig geworden. Ich läute rechts. Der Gucklochschieber bewegt sich, und dann öffnet eine Frau.

Eine schöne Frau. Pflichtgetreu gehe ich geradewegs durch Zimmer und Salons bis dorthin, wo ich beginne, steige auf das Fensterbrett und streiche die Rahmen. Die schöne Frau schaut mir zu. Ich gebe mir Mühe, an nichts zu denken, als an Fenster, Pinsel und Farbe.

Ein Fenster ist fertig. Ich steige herein. Ganz unwillkürlich fällt mein Blick auf ein an der Wand hängendes Bild. Ein Stück Bergland. Das Bild ist gut. So duftig sah ich die Berge in der Schweiz während meiner Wandertage.

So duftend und der Neuland so blendend leuchtend. „Gefällt Ihnen dieses Bild?“

„D ja, es ist gut.“

Jetzt stehen wir beide betrachtend davor, ich und die schöne Frau. Ein einfältiges, dummes, kindliches Glücksgefühl beschleicht mich. „Interessieren Sie sich für Bilder?“

Der Parteitag in Tours

Anschluß an die dritte Internationale beschlossen

Paris, 29. Dezember.

Der sozialistische Parteitag in Tours hat heute nachmittag die Debatte über den Anschluß an die dritte Internationale beendet und ging sofort zur Abstimmung über. 3252 Mandate von 4763 haben sich für den Anschluß an die kommunistische Internationale ausgesprochen. Für die mittlere Richtung Longuet erklärten sich 1022 Mandate. Die Tagesordnung Blum, die für die zweite Internationale eintritt, wurde zurückgezogen; ihre Anhänger, 397, haben sich der Abstimmung enthalten.

Roskau fordert Longuet Ausschluß

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

M. Tours, 29. Dezember.

Ein an den Parteitag gerichtetes Telegramm, das von Sinajew, Lenin und Trotzky unterzeichnet ist, bezeichnet Longuet als Agenten der Bourgeoisie und verlangt seinen Ausschluß. Heute mittag gibt Frossard Erklärungen ab. Die Aussprache trägt einen zugespitzteren Charakter. Mit großer Mehrheit ist beschlossen worden, daß die getriggerte Rede Blums im Druck erscheinen soll. Unter den Befürwortern des Anschlusses an die 3. Internationale herrscht darüber große Erregung.

Eine Rede Sembats

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

M. Tours, 29. Dezember.

Die Spaltung der Partei besteht und es bleibt dem Kongreß nur übrig, diese Tatsache festzustellen — so schloß die „Humanité“ ihren Leitartikel vom letzten Sonntag. Dieser Satz kennzeichnet in der Tat die Lage, welche der Kongreß von Tours vorfindet. Die Nähe, welche die Gegner der Bedingungen noch für die Darlegung ihrer Auffassung verwenden, könnte daher als völlig vergeblich und zwecklos betrachtet werden, wenn sie nicht gebieterisch von der Verantwortung diktiert würde, noch in letzter Stunde mit aller zu Gebote stehenden Kraft der Ueberzeugung die Partei vor einem Entschluß zu warnen, der notwendigerweise nicht nur die Partei, sondern auch die Arbeiterklasse in die verhängnisvollsten Gefahren bringen muß.

Von diesem Gefühl der Verantwortung allein war die Rede getragen, mit der noch am Sonntagabend Sembat die große Aussprache eröffnet hat. Mit größter und angespanntester Aufmerksamkeit wurde dieser Rede, die bisher einen Höhepunkt des Kongresses darstellt, von allen Delegierten gefolgt. Zwei Tatsachen, so führte Sembat aus, traten mit aller Klarheit aus den Berichten der Organisation heraus. Einmal, daß der Wunsch nach Anschluß an Moskau einer gewissen, das ganze Land durchlaufenden Welle des Enthusiasmus entspringt und zum andern, daß diese Welle insbesondere die ländlichen, erst seit weniger Zeit von der Partei erfassten Kreise ergriffen hat. Man mag diese Welle des Enthusiasmus begrüßen, man kann sie aber auch bedauern. Man wird sie dann bedauern müssen, wenn sie zu Handlungen und Entschlüssen zu treiben droht, über deren Folgen man gefühllos hinweggeht, und wenn man sich einzig und allein von diesem Enthusiasmus treiben läßt. Diese Gefahr besteht heute für die französische Partei und darum ist es erforderlich, mit scharfem Blick die praktischen Folgen des Anschlusses an die Moskauer Internationale zu prüfen. Die französische Bourgeoisie ist augenblicklich von schweren Geschäftserwartungen finanzieller und wirtschaftlicher Art erfüllt. Sie weiß genau, daß sie sich ihrer nicht erwehren kann und blickt mit Angst auf die wachsende Macht der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Dieses Wachstum will sie unter Aufwand aller Mittel verhindern und wird versuchen, der Arbeiterklasse schon vorzeitig einen Kampf aufzuzwingen, um ihre Organisationen um so besser zerkümmern zu können. Durch die Annahme der Moskauer Thesen würde der Bourgeoisie ein Vorwand gegeben, um die Regierung auf die Arbeiterorganisationen zu heften. Unmöglich darf man das Gewicht verkennen, das in Frankreich die von der bürgerlichen Presse gemachte öffentliche Meinung darstellt. Sie kann der Regierung einen solchen Kampf gegen das Proletariat abzwängen. Eine Spaltung der Partei erleichtert

diese Pläne der französischen Bourgeoisie und verlagerten zum Jammerbruch, dem sie notwendigerweise entgegengehen muß. Sembat begrüßt die russische Revolution. Kein Sozialist könne sich der erhebenden Tat entziehen, aber die russische Revolution habe sich unter ganz besonders gelagerten Verhältnissen zugetragen und könne nicht richtunggebend für das französische Proletariat werden. Wenn dieses nach einem Vorbild sucht, so müsse es nach England blicken, wo die Gewerkschaften einen Kampf entfesselt haben, der selbst einen Sinowiew zur Begeisterung hingerissen habe. England weise für Frankreich den Weg, den es zu seiner Befreiung zu beschreiten habe.

Sembat erinnert dann an die Worte, welche Jean Jaures an die Reformisten gerichtet hat. Reformen, die das Proletariat in seiner Lage haben und in seinem Kampfe härten, müßten erzwungen werden. Ueber den Kampf um Reformen darf aber nicht die Revolution vergessen und noch weniger dürften sie um den Preis auf das Recht zur Revolution erkaufte werden. Und den Radikalen habe Jaures zugerufen: kämpft um die Revolution, prüft aber genau eure Stärke, damit ihr nicht in eurem kühnen Drang nach vorwärts das Proletariat rückwärts werft. Mit einem leidenschaftlichen die Notwendigkeit der Einheit betonenden Appell schloß Sembat. Die Rechte und die Mitte bringt ihm zum Dank eine große Kundgebung dar. Es war, als spürten die Delegierten zum ersten Male die entsetzliche Tragik, welche die Spaltung der französischen sozialistischen Partei über das französische Proletariat bringen wird.

Am Montagvormittag sprach als erster Marcel Cachin. Seine Rede ist eine Verherrlichung der russischen Revolution. Mit seinem einzigen Wort ging er auf die Moskauer Thesen und ihre Bedingungen ein. Die Rede war lediglich aus einer Aufzählung des Gefühls geboren und richtete sich auch nur an das Gefühl, ohne aber scharfen Eindruck selbst bei den eigenen Freunden auszulösen. Insofern war diese Rede eine glänzende Bestätigung der von Sembat gemachten Feststellung, daß nur das Gefühl die Befürworter des Anschlusses leite. Einem von der Mehrheit eingebrachten Antrag auf Druck der Rede wird darum auch von der Rechten des Hauses begeistert zugestimmt. Einige Genossen der Rechten rufen sogar, die Rede möge gleich in mehreren Sprachen herausgegeben werden.

Nach Cachin spricht Paul Faure, über dessen Rede wir noch berichten.

Wie kam Klara Zetkin nach Tours?

Paris, 30. Dezember.

Da die deutsche Kommunistin Klara Zetkin ohne Paß die Grenze überschritten hat, um auf dem Kongreß in Tours eine kurze Rede zu halten, wird heute in der Kammer eine Anfrage an die Regierung gestellt werden, wie es möglich war, daß Frau Klara Zetkin die französische Grenze überschreiten konnte.

Verdoppelung der Invalidenbeiträge

Unter der Annahme von größeren und kleineren Gehältern, die der Reichstag im Augenblick seines Auseinandergehens vor den Weihnachtsferien im Handumdrehen zur Erledigung brachte, bestand sich auch ein Gesetzentwurf über eine Beihilfe für die Invalidenrentner. Der von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei einmütig eingebrachte Antrag über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung wurde angenommen. Er enthält auch einen Absatz über die Deckung der Anlässe für die Beihilfe, der folgendermaßen lautet:

Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe werden die Beiträge zur Invalidenversicherung (§ 1302 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Artikels II des Gesetzes über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920, Reichs-Gesetzbl. S. 1091) zum doppelten Geldwert berechnet.

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Entrichtung der Beiträge durch die Arbeitgeber (§§ 1426 ff.) finden entsprechende Anwendung.

Diese Verdoppelung der Beiträge für die Invalidenversicherung tritt jetzt zum ersten Male in Kraft, und daraus erklärt es sich, daß gegenwärtig auf den Vorkämpfern die Beitragsmarken bereits zum doppelten Geldwert verkauft werden. Die Erhöhung der Invalidenbeiträge kam für die Beteiligten einigermaßen überraschend, weil die Deffektivität durch die schnelle Erledigung der ganzen Angelegenheit auf diese Achse der blinden

Es klingelt.

Bejuch kommt. Er und mit ihm die schöne Frau gehen in den Salon. Mir wird auf einmal klar, daß ich zum Fensterhinaus da bin. Ich folge wieder hinaus und muß mir viel Mühe geben, an nichts als an Winkel, Farbe und Fenster zu denken.

Wie ich dann gehe, geleitet mich die schöne Frau zur Tür. Sie wünscht mir herzlich Glück und alles Gute und schenkt mir eine feine Zigarre.

Diese rauche ich dann nach dem Mittagessen, im Hof auf einer umgelegten Leiter sitzend. Zarke Wolken voll lieblichen Duftes umgeben mich. Die sommerliche Gluthitze drückt schwer, und bald umfängt mich ein Halbschlummer, dessen Träume mir italienische Sonnenbilder vorgaukeln, und wie eine Fata Morgana schwebt immer und über allem — das Bild der schönen Frau.

Kurt Hängelorf

Der englische Flugverkehr. Ueber 32 000 Reisende sind in diesem Jahre auf dem Luftweg in England eingetroffen und auf dem Flugplätzen in Dover und Croydon gelandet. Aus der Abfertigung dieser Passagiere erwächst den Zollbeamten eine um so gewaltigere Arbeit, als die Verladung zum Schiffe so groß ist, daß ihr nur wenige widersehen können. Die Zollbehörde hat deshalb auch ihre feinsten Spürnasen in den Dienst der Zollrevision auf den beiden Landungsplätzen der Flugpost gestellt. Sie durchsuchen nicht nur das Gepäck der Reisenden, auch diese selbst werden, wenn ihr Körperumfang einen verdächtigen Eindruck macht, einer sorgfältigen körperlichen Untersuchung unterworfen. Aber auch damit ist es nicht getan, da das Flugzeug selbst dazu herhalten muß, um in den unmöglichsten Verstecken Uhren, Tabak, Zigaretten, Zigaretten, Parfums und andere Artikel, deren Einfuhr verboten ist, nach England einzuschmuggeln.

Tages-Notizen

Blauer Meier spricht über Weihnachtsgebanten am 27. heute abend in den Schultheatersaal Berlin-Adams, Ullrichsches Str. 17.

Die Woche Wolfperer Maxim beginnt heut auch bei Robert Berlin in den Kreis ihrer Veranstaltungen zu treten. Am 4. Jan. findet i. d. Brauseel-Königshaus am Schönhauser Tor ihr erstes Konzert (Wagner-Musik) unter Leitung von Leo Bloch statt. Kartenvorverkauf: Theaterisches Werkheim, Kasse & Hof und Brauseel-Königshaus.

Vortragsabend. Helmut Kästner (Theater) und Walter R. Fichtelberg lesen am 2. Jan. in der Seiffen-Gesellschaft von Wehrhahn, Wehrhahn, von Hobbes usw. unter dem Titel: Literarisches Hochzeitsfest. — Im nächsten Karfreitagabend, Wehrhahn, Karfreitagabend 22. Jan. 8 Uhr, Helmut Kästner, Wehrhahn, Wehrhahn u. a.

Am 2. Jan. Im Russisch-Deutschen Institut der Russischen Mission wird am 2. Jan. eine Ausstellung eröffnet, die die Geschichte der Revolution von 1917 bis zum heutigen Tag illustriert. Ein gedruckter Führer zu dieser Ausstellung erscheint im Verlage von Bruno Cassirer und wird im Russisch-Deutschen Institut zu beziehen sein.

Wahlkampf. Im Stadtischen Rathhaus J. H. Neumann, Rathhausstrasse 22, wird Montag, den 3. Jan. die Wahl zum Reichstags-Bezirksausschuss eröffnet.

zenden Medaille einer Beihilfe für die Invalidenrentner nicht aufmerksam geworden ist.

Außerdem ist das Gesetz im Reichsgesetzblatt noch nicht veröffentlicht und somit noch nicht rechtskräftig. Trotzdem werden schon die erhöhten Beiträge eingezogen. Hier liegt eine Unklarheit vor, die unbedingt sofort beseitigt werden muß. Es ist die Frage aufgeworfen, ob die so wesentlich erhöhten Beiträge noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den Leistungen der Versicherung stehen. Sie sind nämlich nicht verdoppelt worden. Der Reichstag wird nicht umhinkönnen, das Gesetz, das sich als eine in der Eile hingeworfene Fälschung darstellt, sofort nach seinem Zusammentritt noch einmal zu prüfen.

Deutschlands Zukunft

In der neuesten Nummer der „Weltbühne“ lesen wir: „Auf einem stillen Ort der Staatsbibliothek finden sich die folgenden Verse: „Was ist Deutschlands höchste Pflicht, wilst nicht lang im Staube wohnen? Brot und Arbeit seinen Treuen, keinem Pöbel blaue Bohnen.“ Darunter: „Wenn es Euch an Kohlenmangel, dann verkennt Berliner Juden, werlet unter Euro Kessel Proletarier und Juden.“ Auf dem gleichen Ort der Universitätsbibliothek: „Um den Juden auszuroiden, schneide man ihm ab die Hoden, doch den weiblichen Semiten wolle man...“ Unmöglich zu drucken, was hier punktiert ist. Die Verfasser und Anstreiber dieser Foesie werden einmal preukliche Richter, Verwaltungsbeamte, Lehrer und Geistliche. Ihre Berufstätigkeit ist hiernach zu werten.“

Eine Niederlage der Kommunisten. Die Kommunisten versuchten in Eberfeld die Leitung des deutschen Metallarbeiterverbandes des Wuppertales an sich zu reißen. Sie vereinigten aber auf ihre Kandidaten nur 130—132 Stimmen und erlagen damit gegen die Listen der Funktionäre, die 500—545 Stimmen aufbrachten. Eine gleiche Niederlage erlitten sie bei den Wahlen der Vertreter zum Gewerkschaftsausschuß.

Die Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Wie aus New York gemeldet wird, schätzen die amerikanischen Arbeiterorganisationen die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 2 1/2 Millionen. Die Zahl nimmt fortwährend zu.

Groß-Berlin

Ein Kapitel zur Wohnungsnot!

Mit der Tätigkeit des Wohnungsamtes hat sich die Presse schon des öfteren beschäftigt müssen. Heute liegt uns wieder mal ein sehr krasser Fall vor, welchen wir der Deffektivität zur Kenntnis geben wollen.

Während Hunderttausende in elenden Löchern zu hausen gezwungen sind und andere überhaupt ohne jedes Obdach sind, fächelt sich der Direktor des Wohnungsamtes Herr de Laporte veranlaßt, einem kinderlosen Ehepaar, namens Stein, am Helgoländer Ufer 6 eine Stoben-Zimmerwohnung nebst Zubehör anzumieten. Herr Stein will allerdings die eidesstattliche Versicherung abgeben, drei engere Verwandte in seine Wohnung aufzunehmen. Herr Direktor de Laporte scheint der Meinung zu sein, daß im Falle der Gräfin Wartensleben noch nicht genügend blamiert zu haben.

Es ist endlich an der Zeit, daß die Leitung des Wohnungsamtes einem Manne entzogen wird, bei dem Klagen oben geschilderter Art nicht aufhören wollen.

Monats- und Schülerkarten der Berliner Straßenbahn

Nachdem nunmehr die Verschmelzung der verschiedenen Straßenbahnbetriebe zur „Berliner Straßenbahn“ stattgefunden hat, werden neben dem im Preise unverändert bleibenden Monatskarten für den Binnverkehr der normalen Einzelbetriebe — Große Berliner Straßenbahn, Berliner Städtische und Berliner elektrische Straßenbahnen, Städtische Straßenbahn Cöpenick, Straßenbahn der Gemeinde Heiligensee — vom Januar 1921 ab übergeleitete Monatskarten im Wechselverkehr der Bahnen ausgegeben.

Für Linien der normalen Großen Berliner Straßenbahn, Berliner Städtischen und Berliner elektrischen Straßenbahnen beträgt der Preis der Monatskarten im Binnverkehr wie im Wechselverkehr der Bahnen untereinander für eine Linie 70 Mark, für zwei Linien 88 Mark, für drei Linien 114 Mark, für alle Linien 175 Mark. Die Monatskarten für alle Linien — zu 175 Mark — berechtigen künftig zur Benutzung sämtlicher Linien der oben genannten Bahnen, gelten also für den Gesamtverkehr der „Berliner Straßenbahn“, mit Ausnahme der normalen Spandauer Städtischen Straßenbahn (das sind die Strecken westlich Spandauer Hof und westlich Siemensstadt), für die Monatskarten nicht bestehen und auch bis auf weiteres nicht ausgegeben werden.

Die vorstehenden Preise der Monatskarten für 2 und 3 Linien sind auch für die Preisbildung der Monatskarten im Wechselverkehr der Bahnen maßgebend. Bei der Preisbemessung gelten Monatskarten für alle Linien der normalen Städtischen Straßenbahn Cöpenick als eine Karte für 2 Linien.

Die Preise der Schülermonatskarten im Binnverkehr der einzelnen Bahnen bleiben ebenfalls unverändert. Die Schülermonatskarten der normalen Großen Berliner Straßenbahn, Berliner Städtischen und Berliner elektrischen Straßenbahnen — Preis 15 Mark — gelten für eine, im Bedarfsfalle zwei Linien dieser

Ausschneiden!

10 Wp. mehr

Druckfache

an die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin C 2

Brette Straße 8-9

„O ja, wenn sie gut sind.“
 „Wie meinen Sie das?“
 „Ich meine nicht für Bilder im allgemeinen, sondern für künstlerisch wertvolle Bilder.“
 „Verstehen Sie das denn?“
 „Nein, nicht ganz, aber ich gab mir Mühe, es zu lernen.“
 „Wie gefällt Ihnen dieses da?“
 „Benedig.“
 „Auch das ist ausgezeichnet.“
 Die schöne Frau lächelt.
 „Wie können Sie das sagen, wo Sie die Stadt nie gesehen haben?“
 „Stolz wende ich ein, daß ich sie gesehen habe!“
 „So? Waren Sie schon so weit?“
 „Ja, dort begann meine Italienreise.“
 Sie lachte laut.
 „Sind Sie ein reicher Mann und streifen Sie nur Fenster an, um einmal einen Roman darüber zu schreiben?“
 „Nein, leider nicht, ich bin ein armer Teufel.“
 „Und Sie reden von Ihrer Italienreise?“
 „Ja, ich war als Handwerksbursche unten und habe fast ganz Italien zu Fuß durchwandert.“
 „Ach was! — Ja — und haben Sie sich denn auch etwas angesehen?“
 „Ich glaube schon.“
 Und nun examiniert mich die schöne Frau über Italien. Sie hat von dem Land nur Benedig gesehen. Aber sie kennt es aus Büchern und Bildern. Ihre Schmeichelephantasie malt es ihr noch schöner als es wirklich ist. Sie spricht begeistert von Florenz und von Raffael, von Michelangelo und Botticelli, von Siena und von Rom und Neapel, von Capri und Sizilien. Im Geiste schmelzt sie in lauter Schönheit, und ich muß ihr bestätigen, ob alles so ist, wie sie es sich so groß und schön vorstellt. Mit glänzenden Augen hört sie das, was ich ihr mit trockenen Worten darüber sagen kann.
 „Ja — aber — ich meine — Sie sind doch eigentlich nur ein Arbeiter... daß Sie das alles so verstehen?“
 „Ja, weil ich mir damit mein Brot verdienen muß.“
 „Sie werden aber vielleicht einmal etwas Besseres werden.“
 Sie schaut mich groß an, und ich — lächle.
 „Richt?“
 „Da Sie „vielleicht“ sagen, will ich's zugeben.“
 „Auf welche Art glauben Sie?“
 „In meiner freien Zeit bin ich Schreiber.“
 „Schreiber? Was schreiben Sie da?“
 „Reißt Dinge, die ich erlebe.“
 „Ach, Sie dichten?“
 „Ja — nein — eben schreiben.“
 „Ach was!“

